

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische neueste Nachrichten. 1946-1950 1946**

69 (17.8.1946)

August 1946  
Veröffentlichung  
Verlag: Badendruck GmbH  
Karlstraße 11, 76133 Karlsruhe  
Erscheinungsweise: 2mal wöchentlich, 18 Ausgaben für Pflanzheim (Eberstraße 18) und für Bruchsal (Ecke Schönborn- u. Wilderichstr.)



# BADISCHE NEUHEITEN



Karlsruhe, Samstag, 17. August 1946

Nummer 69

Einzelverkaufspreis 20 Pfg.  
Monat. Bezugspreis RM 2,20, durch die Post bezogen RM 2,60 zuzügl. RM 0,36 Zustellgebühr, Anzeigenr. Die 10sp. Nonp-Zelle RM 2,- in Bezirksausg. RM 1,-. Amtl. Anz. die Hälfte.

## Molotow konstatiert harmonische Zusammenarbeit

Bulgarisch-griechische Differenzen — Auseinandersetzungen zwischen Ungarn und Tschechoslowakei — Alexander verteidigt Italien — Rußland lehnt finnische Forderungen ab

Paris, 16. August (dona). Nach Eröffnung der Mittwoch-Sitzung der Konferenz verlas der bulgarische Außenminister Kulischew eine Erklärung, in welcher der Standpunkt Bulgariens zu den Friedensbedingungen dargelegt wird. „Das bulgarische Volk hat einen bescheidenen Beitrag zum Krieg gegen Hitler geleistet“, begann Georziw seine Ausführungen. „Wir haben nicht die Absicht, die Verbrechen derer herabzumindern, die Bulgarien an der Seite Deutschlands in den Krieg gestürzt haben. Es sei aber jetzt ihre Pflicht, das bulgarische Volk von der moralischen Verantwortung freizusprechen. Die bulgarische Armee habe keine Front gegen die Feinde Hitler-Deutschlands geschlossen.“

Die Forderungen Griechenlands an Bulgarien bezeichnete der bulgarische Ministerpräsident als unverständlich, unbegründet und ungerichtet. Gegenüber den griechischen Gebietsansprüchen machte Bulgarien seinerseits seinen Anspruch auf Weststrichen geltend. Bulgarien brauche einen Zugang zum Ägäischen Meer. Georziw wandte sich gegen die militärischen Klauseln des Friedensvertragsentwurfes für Bulgarien und erklärte, das neue Bulgarien habe keine Angriffs- und Eroberungspläne und das bulgarische Volk wolle selbst seine Feststellung der Grundlage internationaler Zusammenarbeit und eines dauerhaften Friedens aufbauen. Der größte Teil der wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedensvertragsentwurfes nehme keine Rücksicht auf die innere Lage Bulgariens. Sie würden die ohnehin gespannte finanzielle Situation des Landes noch weiter verschlimmern.

„Einige der Diskussionen“, erklärte Byrnes, „haben die Arbeit der Konferenz nicht erleichtert und uns auf dem Wege zum Frieden nicht weiter gebracht. Die Ver. Staaten hätten diese Vorwürfe gerne unbemerkt vorbeiziehen lassen, wenn Schwächen aus dem Frieden näherbringen könnte. Wir sind bereit, mit unseren Alliierten ebenso zusammenzuarbeiten, wie wir im Kriege mit ihnen gekämpft haben. Niemand bedauert mehr als ich die Schwierigkeiten, die uns auf diesem Wege entgegenstehen. Das neue Italien hat diesen Weg entgegenhalten. Die Ver. Staaten und das Verständnis aller Nationen. Er hoffe nicht, daß die Erklärung Molotows, gewisse Mächte zögen Vorteile aus der wirtschaftlichen Lage Italiens, die Ver. Staaten betreffe.“

Der amerikanische Außenminister erinnerte daran, daß die Sowjetunion durch das Leih- und Pachtabkommen mehr als 11 Millionen Dollar erhalte. Die Ver. Staaten würden keinerlei Gebiete beanspruchen, noch würden sie Reparationen verlangen. Sie verlangten nur, daß das Eigentum der Ver. Nationen, das im Kriege zerstört wurde, wieder ersetzt würde. Der amerikanische Außenminister wandte sich gegen die Behauptung der Sowjet-Delegation, die Ver. Staaten vorgeschlagenen wirtschaftlichen Klauseln seien ein Versuch, die ehemaligen Feindstaaten zugunsten der Ver. Staaten auszubehnten. „Es wird notwendig sein“, erklärte Byrnes, „Maßnahmen zu treffen, um eine erhaltungswürdige und ungedeckte Ausnutzung wirtschaftlicher oder politischer Macht zu verhindern.“

„In Hinblick auf Italien erklärte Alexander sich bereit, Italiens Wunsch in die Ver. Nationen aufgenommen zu werden, zu unterstützen, Italien habe vielleicht ein Recht auf Sonderbehandlung, denn es sei der erste Staat gewesen, der mit Deutschland gekrochen habe.“ Der französische Ministerpräsident Bidault erklärte, Frankreich wüßte wieder friedliche und freundschaftliche Beziehungen mit Italien aufzunehmen, da jetzt die faschistische Diktatur beseitigt sei. Molotow weist Finnlands Ersuchen zurück. Der Delegierte der Sowjetunion wies Finnlands Ersuchen um eine Revision der durch den Friedensvertragsentwurf festgelegten Grenzen zurück und erinnerte an die Angriffe „weißer“ Finnen zwischen 1918 und 1922 sowie an die Tatsache, daß Finnland an der Seite Deutschlands gegen die Sowjetunion gekämpft habe. Die Grenzberichtigung sei für die Sicherheit Leningrads erforderlich. Auf die Forderung um die Herabsetzung der Reparationsleistungen eingehend, erklärte Molotow, man müsse bedenken, daß die Reparationen nicht einmal den Schaden, der in Leningrad entstanden sei, decken würden. Auch Molotow rühmte die Leistungen Griechenlands. Die Grenzberichtigung, die eine Teilung Albaniens vorsehe, schweigen. Zu den Presseberichten über eine eventuelle Vertagung der Konferenz erklärte Molotow: „Die sowjetische Delegation ist der Ansicht, daß wir hier harmonisch zusammenarbeiten, um die Konferenz so bald wie möglich zu Ende zu bringen. Wir halten es für unsere Pflicht, einen dauerhaften Frieden zu schaffen.“

Zur Frage der Donauschiffahrt müsse festgestellt werden, daß Bulgarien ein Donauland sei und aus diesem Grund aktiven Anteil an der internationalen Kontrolle des gesamten Donaulaufes nehmen müsse. Der griechische Ministerpräsident Tsaldaris erklärte in seiner Stellungnahme, die bulgarische Erklärung enthalte zahlreiche falsche Feststellungen. Griechenland habe das Recht vor, einzugehen. Tsaldaris griff Bulgarien heftig an und erklärte, Bulgarien habe Griechenland dreimal innerhalb einer einzigen Generation überfallen. Ungarn seien aggressive Politik. In der Nachmittags-Sitzung der Vollversammlung der Pariser Konferenz ergriff der ungarische Außenminister Gyöngyösi das Wort: „Das demokratische Ungarn verweist eine aggressive, revisionistische Politik und die ungarische Regierung wünscht als Vertreter des ungarischen Volkes die Freilassung der ungarischen Gefangenen und freundschaftliche Beziehungen mit allen Nachbarn zu unterhalten.“ Obgleich der Leiter der rumänischen Delegation saterstich habe, daß die Minderheiten in Rumänien die gleichen Rechte hätten, müsse doch festgestellt werden, daß die Bemühungen der rumänischen Regierung durch die anti-ungarische Einstellung rumänischer Organismen zunächst zurückgeschlagen würden. Die ungarische Minderheit in Siebenbürgen sei ihrer politischen und wirtschaftlichen Rechte beraubt. Die bestehenden Differenzen mit Rumänien müßten beseitigt werden und er bitte die Konferenz, Rumänien zur Entsendung einer Abordnung nach Ungarn zu veranlassen. Auf die Differenzen zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei eingehend, erklärte der ungarische Außenminister:

„Die Mittel unseres Kampfes waren geistige, die SA entwickelte sich aus Turn- und Sportabteilungen.“ „Nur Zwang und Betrug.“ In der Dienstag-Vormittags-Sitzung wurde das Verhör der Zeugen für die angeklagte Organisation der SA fortgesetzt. Der frühere Kommandant des KZ Oranienburg, SA-Obergruppenführer Werner Schäfer, erklärte, der „latente Bürgerkrieg“ sei der „Machtübernahme“ 1933 habe es notwendig gemacht, durch die SA „Personen der notwendigen Oppositionsgruppen in Haft zu nehmen“. Die Mißhandlungen des ehemaligen SPD-Führers Ernst Heil und des früheren Reichsstaatspräsidenten Paul Löbe in Oranienburg seien von anderen Häftlingen und nicht von der SA beanstanden worden. Als nächster Zeuge sagte der frühere Bundeskämmerer der Stahlhelmorganisation, Theodor Grub, als Zeuge über die Eingliederung des Stahlhelms in die SA aus. Diese Überführung habe „nur durch Zwang und Betrug“ stattfinden können. Staatsbeamte und auch Anzestellte der Industrie seien ihrer Stellung verlustig geteilt, als sie gegen diese Überführung protestierten.

„Ohne politischen Einfluß.“ Als eine Gruppe von Männern „ohne jeden politischen Einfluß“, die sich lediglich mit sportlichen Wettkämpfen und Aufmärschen befleißigte, stellte der ehemalige SA-Obergruppenführer Max Jüttner, der in der Mittwoch-Sitzung als Zeuge für die angeklagte Organisation der SA weiter vernommen wurde, die SA dar. Die Ausschreitungen gegen die Juden im November 1938 seien nur unverantwortliche Einzelhandlungen gewesen, die im Widerspruch zu den Anordnungen der SA-Führung standen. „Die SA hat wirklich keinen Kriegswort“, Militärisches und Drill wurde stets bei uns abgelehnt“, erklärte Jüttner weiter. In Kreuzverhör auf Seite 2

„Besonders die deutschen und englischen Universitäten könnten zur Wiederknüpfung der Beziehungen zwischen beiden Völkern wertvolle Beiträge geben. Ueber die Bereitschaft des englischen Volkes zu einem Gedanken-austausch mit Deutschland befragt, erwiderte Lord Beveridge, in England wären nicht alle Menschen der gleichen Meinung, aber jeden Tag gäbe es mehr, die diese Verbindung wieder aufnehmen möchten.“ Zu der Frage der Durchführbarkeit des Industrieprogramms für Deutschland erklärte Lord Beveridge: Das deutsche Volk kann sich gut erhalten, auch wenn seine 70 Millionen auf engem Raum als früher leben müssen. Aber nicht, wenn es nicht mehr Industrie hat als früher. Auch nicht, wenn es nicht einen starken Exporthandel hat. Deutschland kommt jetzt in eine Stellung, in der sich England immer befand.

Der Erfolg des Entnazifizierungsgesetzes sei davon abhängig, ob es gelinge, das deutsche Volk umzuerziehen. Er habe es für einen Fehler, wenn Leute, die um ihres eigenen Nutzens willen in die Partei eingetreten seien, besser behandelt würden, als ein kleiner Blockhelfer aus dem Arbeiterstande. Zur Jugendamnestie verlangte der Minister, wer sich der Amnestie nicht würdig erweise, müsse auch künftig zur Verantwortung herangezogen werden. Die aktiven Nationalsozialisten in den Internierungslagern sollten zur Arbeit herangezogen werden. Ihre Bewertung durch die Spruchkammern werde in starkem Maße davon abhängen, ob sie schon mit Schaufel und Axt gearbeitet hätten oder nicht. Zur Frage der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Betriebsräte und Spruchkammerzeugen vertrat die Betriebsräte die Ansicht, daß der drohende Verlust der Existenz jenen Betriebsrat und vor allem jenen Zeugen vor der Spruchkammer davon abhalten werde, wahrheitsgemäße Aussagen zu machen.

## Die „geistigen“ Mittel der SA

„Freudige Bereitschaft“ des Stahlhelms — Die „wilden Organisationen“ Nürnberg, 16. August (dona). In der Montag-Vormittags-Sitzung der Pariser Konferenz wurde die „Verhaltensregeln der SA“ diskutiert. Funk einen „Mittel der SA“ bezeichnete, „die Bestie“ Oswald Pohl, im Kreuzverhör zu nehmen und forderte die Streichung der belastenden eidesstattlichen Erklärungen Pohl, in denen er den Reichsbankpräsidenten Funk beschuldigt, an der Ermordung des Reichsministerpräsidenten ermordeter KZ-Häftlinge teilgenommen zu haben, aus dem Protokoll der Verhandlungen. Lordrichter Lawrence gestattete zwar, den Angeklagten Walter Funk nochmals in den Zeugenstand zu rufen, um zu den Anschuldigungen Stellung zu nehmen, ließ die Aussage jedoch nicht aus dem Verhandlungsprotokoll streichen. In weiteren Verlauf der Montag-Morgen-Sitzung der russische Ankläger, Generalmajor Alexandrow das Kreuzverhör des Zeugen Erida von Manstein für den Generalstab und das OKW fort Manstein behauptete u. a., nichts von der Beteiligung deutscher Soldaten an Judeneuerungen, an der Vernichtung von 195 000 Bürgern der Stadt Kiew durch die Deutschen und von der Aushungerung Kriegsgefangener gewußt zu haben. Als letzter Zeuge wurde Generalfeldmarschall von Rundstedt vernommen, der zugab, daß nach dem Fall von Stalingrad der Krieg für Deutschland nicht mehr zu gewinnen sei, nach der Brückenbildung der alliierten Streitkräfte in Frankreich — sogar verloren war. Seine Aussage, die deutsche Generalität habe sich nie um Politik gekümmert, unterstrich Rundstedt mit den Worten Montanovis: „Als Diener der Nation steht die Armee über der Politik“ und das muß auch so bleiben. Zu der Aktion gegen die Polen äußerte der Zeuge, man habe erwartet, sie würde mit demselben Bluff enden wie der Sudetenkrieg. Die Stellungnahme der deutschen Armee zur Machtergreifung Hitlers 1933 begründete von Rundstedt damit, daß die Armee und das Offizierskorps in der von Hitler betriebenen Führung Deutschlands den Weg zur Gleichberechtigung Deutschlands sah. Außerdem sprach der internationalsozialistische Gedankengang größtenteils den alten preußischen Forderungen. In der Montag-Nachmittags-Sitzung begann die Zeugenvernehmung für die als verbrecherisch Angeklagte SA. Der erste Zeuge, der ehemalige SA-Obergruppenführer und Führer der SA-Gruppe Oberrhein Franz Bock äußerte in seiner Aussage:

## Deutschland und England in einem Boot

Lord Beveridge für Besserung der deutsch-englischen Beziehungen

Hamburg, 16. August (dona). Für die Vertiefung der deutsch-englischen Beziehungen trat der bekannte englische Sozialpolitiker Lord Beveridge ein, als er am Freitagvormittag im Hamburger Rathaus vor Vertretern der Presse und der Verwaltung zu aktuellen Problemen Deutschlands Stellung nahm. Deutschland und England fahren in einem Boot, betonte der Redner. Er sehe es für seine Pflicht an, sich für die Besserung der Beziehungen zwischen beiden Ländern einzusetzen. Lord Beveridge äußerte über die Eindrücke seiner Deutschlandreise: „Es ist entsetzlich, wie zerstört Deutschland ist, man muß Berlin, Hamburg und andere Städte sehen, um das zu erkennen. Ich habe nie geglaubt, daß ich solche Zerstörungen sehen würde. Es herrschen Not und Mangel an allem, was man zum Leben braucht, an Nahrung, Kohle und Wohnungen.“ Ueber diese Zustände in England zu berichten, halte er für seine Pflicht. Doch auch in England habe man Sorgen, auch dort gebe es Wohnungs- und Nahrungsmittelknappheit. Weil wir unzureichend eigene Sorgen haben, ist es England nicht leicht, immer an die Sorgen Deutschlands zu denken. Besonders sei ihm in Deutschland aufgefallen, daß die Menschen hier bei aller Not nicht den Mut verlieren. Die Deutschen haben die Zeit und den Mut, auch an wissenschaftliche Dinge zu denken, sie sind ein wissenschaftliches Volk.

## Das Volk soll regieren

Volksouverheit darf nicht durch Bürokratie gefährdet werden

Stuttgart, 16. August (dona). „Im neuen Deutschland muß die Macht der Behörde geschwächt werden, wenn das Volk zum Kontrollorgan der Regierung werden soll“, erklärte Professor Dr. James K. Schlichter, der bisherige Direktor des Koordinationsrates der Militärregierung beim Länderrat in seiner Abschiedsrede, die er vor Angestellten des Länderrates am Dienstag in Stuttgart, in der Villa Reiterstein, hielt. Einleitend sprach Dr. Pollock dem Länderrat seine Anerkennung für die in den neun Monaten seit der Gründung geleistete Arbeit aus, die ein bemerkenswertes Zeugnis wirksamer Zusammenarbeit an den Tag gelegt habe. „In den Jahren der Weimarer Republik“, erklärte Dr. Pollock, „wurde in der Tat vieles nicht gemacht und die Milderfolge der damaligen Zeit führten schließlich dazu, die Demokratie als Gesellschaftsordnung ganz über Bord zu werfen. Für Deutschland ist es heute von allergrößter Wichtigkeit, daß wir ein Mittel schaffen werden, um dem Volk die Frage der wirtschaftlichen Abhängigkeit der Betriebsräte und Spruchkammerzeugen vertrat die Betriebsräte die Ansicht, daß der drohende Verlust der Existenz jenen Betriebsrat und vor allem jenen Zeugen vor der Spruchkammer davon abhalten werde, wahrheitsgemäße Aussagen zu machen.“

## Wirtschaftsbeirat in Württemberg-Baden

Stuttgart, 16. August (dona). Beim Wirtschaftsministerium Württemberg-Baden ist ein Wirtschaftsbeirat gebildet worden. Der Wirtschaftsbeirat ist ein beratendes Organ und hat die Aufgabe, zu allen die Wirtschaft des Landes berührenden Fragen Stellung zu nehmen. Er soll dem Ausblick der Interessengruppen, dem gegenseitigen Verständnis und damit dem wirtschaftlichen und sozialen Frieden dienen.

## Letzte Neuigkeiten

Washington, 17. August (dona). Oberrichter Robert H. Jackson, der amerikanische Hauptankläger beim internationalen Militärtribunal in Nürnberg, erklärte in Washington, daß er zu den Urteilsverkündigungen, die im nächsten Monat erwartet werden, nach Nürnberg zurückkehren wird. Paris, 17. August (dona). Die Ver. Staaten werden sich für die Aufnahme von Klauseln in die Friedensverträge einsetzen, die dem einzelnen Freiheit der Ansicht, der Rede und des Glaubens gewährleisten, heißt es in einem am 14. d. Mts. veröffentlichten Brief des amerikanischen Außenministers Dr. E. A. Tamm an Dr. E. A. Tamm, den Vorsitzenden der Konferenz der Christen und Juden. In seinem Brief bemerkte Byrnes, daß bereits entsprechende Bestimmungen in die Friedensvertragsentwürfe aufgenommen worden seien. Frankfort, 16. August (dona). Die erste kombinierte Tagung des Parteivorstandes und Parteiausschusses der sozialdemokratischen Partei der drei westlichen Besatzungszonen, findet am 22. August in Frankfurt statt, wie die Parteilitung der SPD in Hannover meldet. Der Parteivorstand der SPD besteht aus je einem Vertreter der SPD Bezirk 3 sowie aus weiblichen Vertretern ihrer Bezirke, in denen mehr als 5000 Frauen der Partei angehören. Ablehnung sowjetischer Reparationsforderungen London, 16. August (dona). Die brit. Regierung hat die sowjetischen Forderungen auf Reparationsleistungen aus Deutschland im Werte von zehn Milliarden Dollar abgelehnt und die sowjet. Regierung aufgefordert, einer Behandlung Deutschlands als wirtschaftliche Einheit für die Dauer der Besatzungszeit zuzustimmen. Gleichzeitig veröffentlichte die brit. Regierung eine Erklärung, die den Regierungen der Ver. Staaten, der Sowjet-Union und Frankreich am 29. Juli zuzustellen worden ist, in der sich Großbritannien wiederum gegen seinen Grundsatzen für strikte Ausführung der Potsdamer Bestimmungen über die Behandlung Deutschlands als Wirtschaftseinheit und über Reparationsfragen ausspricht. Eingehend auf eine sowjet. Erklärung, daß aus der sowjet. Zone keine Lieferungen in die anderen Zonen zu einem Zeitpunkt erfolgen könnten, da der Abbau der industriellen Einrichtungen in den westlichen Zonen kaum begonnen habe, stellt die brit. Regierung fest, daß diese Klausel in keiner Weise für den oben erwähnten Gegenstand von Belang sei. Es bestehe keine Rechtfertigung für Reparationsleistungen aus der sowjet. Zone zu einer Zeit, da der gesamte Export nicht ausreicht, um die lebenswichtigsten Importe zu bezahlen. Die brit. Regierung hoffe, so bald wie möglich zu erfahren, ob die Sowjetunion mit ihrem Standpunkt übereinstimme und, wenn dem so sei, ob sie bereit sei, sofort die gemeinsam anerkannten Grundsätze zu verwirklichen.





